

**Deutscher Berufs und Erwerbs Imker Bund (DBIB) fordert sofortiges  
Umdenken in der Landwirtschaft  
Positionspapier 12/2008**

Der Deutsche Berufs und Erwerbs Imker Bund hat seit vielen Jahren unermüdlich unzureichende Zulassungsmethoden für Pflanzenschutzmittel und damit einhergehende Schäden an den Bienen angeprangert. Insbesondere nachdem die neue Generation von systemisch wirkenden Insektiziden, namentlich die Neonicotinoide, auf den Markt gekommen sind, hatte sich die Situation seit dem Jahr 2000 verschärft. Dies gipfelte in dem bisher beispiellosen Bienensterben in Baden und Bayern durch das Insektizid Clothianidin der Firma Bayer CropScience.

Mit der Agro-Gentechnik, zunehmender Anwendung von Spritzmitteln in die Blüte, zunehmender Industrialisierung der Landwirtschaft mit um sich greifenden Monokulturen unter Vernachlässigung von Fruchtwechsel, dem Verschwinden von Brachflächen, sowie einem erheblichen Rückgang von Blütenpflanzen übers Jahr, stehen wir aber zwischenzeitlich vor einer viel größeren Dimension. Daher fordert der DBIB ein sofortiges Umdenken in der Landwirtschaft.

Dabei sehen sich die Berufsimker nicht allein. Selbst die EU-Kommission wirbt für eine sehr deutliche Reduzierung der Pestizide und dafür, dass umweltfreundlichere Landwirtschaft durch finanzielle Zuwendungen der EU gefördert werden soll. Leider lehnt der Deutsche Bauernverband (DBV) die damit verbundene Umschichtung der Mittel bisher entschieden ab.

Nach Auffassung des Deutschen Berufs und Erwerbs Imker Bundes sind in den vergangenen Jahren viele Rufe und Forderungen nach Aufklärung, Unterstützung und Zulassungsstopp von problematischen Agrargiften abgewiegelt oder als unseriös abgetan worden.

Die Problematik sehen wir in einer extrem starken Lobby der Agrarchemie, die auf allen Ebenen gut vernetzt ist, aber auch in einem Bauernverband, der die Positionen der Agrarchemieindustrie stützt. Das Eintreten des DBV für eine zunehmend industrielle und pestizidgestützte Landwirtschaft können wir nicht anders verstehen.

Die Kritik am Deutschen Bauernverband wollen wir aber nicht als Kritik an den bäuerlichen Familienbetrieben verstanden wissen. Aus unseren Kontakten mit den "bäuerlichen Familienbetrieben" können wir sagen, dass diese meist große Betroffenheit zeigen, wenn es durch Pestizideinsatz in der Landwirtschaft zu Bienenschäden kommt. Wir werden die Interessen der Bienen und der Imkerei weiter verfolgen und öffentlich dafür eintreten, dass diese Gesellschaft zu einer bienenverträglicheren Landwirtschaftsform kommt.

Wenn es dann darum geht, die Einkünfte der Bauern, namentlich der "bäuerlichen Familienbetriebe", die zunehmend unter Druck geraten sind, zu sichern, dann können diese auf die politische und gesellschaftliche Unterstützung der Imker zählen.

Allerdings erachten wir Imker, als integraler Bestandteil der Landwirtschaft, es auch als wichtig, den Dialog mit dem DBV zu intensivieren. Die Imkerverbände haben zwar einen Sitz im Präsidium, treten aber sonst als eigenständige Gruppe im DBV nicht in Erscheinung, um sich in Diskussionen über die Zukunft der Landwirtschaft einzubringen.

Der DBIB hat in den letzten Jahren die zu passive Rolle der deutschen Bieneninstitute bei diesen Themen kritisiert. Gute Ansätze wurden leider zu wenig verfolgt. So unterstützt der DBIB explizit das Thesenpapier

des Bieneninstitutes in Celle zum Thema „Pflanzenschutzmittel und Bienenschutz“ aus dem Jahr 2003 sowie Untersuchungen, die einen Zusammenhang zwischen Pestizidwirkungen und mangelnder Pollenversorgung der Bienen aufzeigten. Der DBIB bemängelt aber die bisher fehlende Umsetzung und konsequente Anpassung an aktuelle Gegebenheiten. Positiv zu verzeichnen ist auch, dass das Thema „Vermeidung von Pestizid- und Akarizid Rückständen“ vom Bieneninstitut Hohenheim seit vielen Jahren thematisiert wird. Auch stammen jüngste Erkenntnisse zur möglicherweise extremen Exposition von Wasserholbienen durch Neonicotinoid-Beizen von Dr. Wallner am Institut Hohenheim.

Der DBIB ist aber auch der Auffassung, dass nur gemeinsam unter Einbeziehung aller Imkerverbände und Institute die im Folgenden angesprochenen, für die Bienenhaltung vorhandenen Problembereiche gelöst werden können. Jetzt gilt es, jenseits der Emotionen an der Lösung der Sachthemen zu arbeiten.

Es muss gelingen, im kommenden Jahr ein konstruktives Miteinander zu erreichen, in dem gemeinsame Ziele definiert werden. An diesen muss gearbeitet werden, um sie dann auch gemeinsam politisch umzusetzen.

Als ehrenamtlich Tätige im Verband sehen wir, dass die Institute einen sehr großen Teil dazu beitragen können und müssen, um die in der Kritik stehenden Problembereiche wissenschaftlich fundiert aufzuarbeiten und das auch für die Imkerschaft nachvollziehbar darzustellen. Sollte das nicht gelingen, wird die Frustration in der Imkerschaft weiter zunehmen.

Um die Problembereiche noch einmal deutlich darzustellen, bezieht der Vorstand des DBIB folgende Positionen:

### **Hoher Wert der Bienen**

Für das Ökosystem und die Landwirtschaft sind Bienen von großer Bedeutung: Sie bestäuben viele Kulturpflanzen wie Obstbäume und Gemüsesorten und tragen so erheblich zum Ernteerfolg bei. 35 % der weltweiten Nahrungsmittelproduktion hängen nach Angaben der Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) von Bestäubern ab. Rein wirtschaftlich gesehen hat ein Bienenvolk den Wiederbeschaffungswert eines ausgemästeten Schweins oder den gesamtwirtschaftlichen Wert zweier Schweine, wenn man die Honigernte dazurechnet. Hinzu kommen allerdings noch der hohe gesellschaftliche und ökologische Wert der Bestäubung sowie der medizinisch nicht zu vernachlässigende Wert der Bienenprodukte.

### **Fortschreitende Industrialisierung der Landwirtschaft**

Die Bienen und damit die Imkerei sehen sich immer mehr existenziell bedrängt. Die zunehmende Industrialisierung der Landwirtschaft, wachsende Monokulturen und der Wegfall traditioneller Methoden wie Fruchtwechsel verursachen einen immer größeren Einsatz von Herbiziden, Insektiziden und Fungiziden. Somit wird das Wissen der Bauern immer mehr durch Produkte der Chemie-Industrie verdrängt. Diese haben immer wieder tödliche Wirkungen auf die Bienen.

Ein trauriger Höhepunkt war in 2008 die bislang in Deutschland größte dokumentierte Bienenvergiftung am Oberrhein und Bayern, bei der offiziell 11.500 Bienenvölker betroffen waren. Wir gehen aber noch von einer sehr hohen Dunkelziffer aus.

Auch bei Pestizidanwendungen in der Kartoffel kam es wiederholt, insbesondere in Nord-Deutschland, zu erheblichen Bienenverlusten an tausenden Bienenvölkern.

### **Zulassungslücken bei bienengefährlichen Insektiziden**

Verursacher der verheerenden Schäden in Baden und Bayern in 2008 war das Insektizid Clothianidin der Firma Bayer CropScience. Positioniert wurden die Stäubeschäden als nicht vorhersehbarer „Unfall“, das Problem war aber tatsächlich schon lange vorher bekannt. Dieses Problem trat bereits im Jahr 2000 in Italien auf und wurde von der Universität Udine und der Firma Bayer CropScience erforscht, ohne aber zu Konsequenzen in der Zulassung zu führen.

Wir begrüßen außerordentlich, dass von Seiten der Zulassungsbehörden (BVL, JKI) Bewegung in die Sache gekommen ist und zum jetzigen Zeitpunkt (Dez. 2008) ein Zulassungsstopp in Aussicht steht. Allerdings fokussiert sich die Diskussion auf die Staubentwicklung und auf Abrieb und Maschinenteknik beim Ausbringen des Saatgutes.

Aus unserer Sicht wurden bei der Zulassung aber weitere, ganz wesentliche fundamentale Punkte bei diesem für Insekten extrem giftigen Nervengift übersehen. Zum einen stellt sich die Frage, in wie weit sich das Gift im Boden anreichert und dann über die maschinelle Bearbeitung des Bodens wieder als Staub freigesetzt wird, zum anderen, in wie weit durch die hervorragende Wasserlöslichkeit der Neonicotinoide die Wirkstoffe von Wasserholbienen in den Bienenstock transportiert werden, etwa durch eine mögliche Ausschwemmung an die Oberfläche nach Regenfällen oder auch bedingt durch die Tatsache, dass nicht 100% des Saatgutes im Boden abgelegt wird.

Auch wurde von Dr. Wallner am Bieneninstitut der Uni Hohenheim ein weiterer Expositionsweg über Pflanzensaftausscheidungen (Guttationswasser), die von den Bienen aufgenommen werden können, als ernst zu nehmendes Problem identifiziert. Dabei können in diesen Ausscheidungen Konzentrationen vorkommen, die für Bienen hochtoxisch sind.

Darüber hinaus haben wir ernst zu nehmende Indizien, dass u. a. Nervengifte aus der Reihe der Neonicotinoide, zu denen auch Clothianidin gehört, bereits in kleinen Dosen gravierende subletale Wirkungen auf die Bienen haben. Angesichts einer ja schon fast flächendeckenden Anwendung von Neonicotinoiden (darunter Imidacloprid, Clothianidin usw.) ist auch zu überprüfen, welche Summenwirkung im jeweiligen Einzelfall nur kleine freigesetzte Mengen an Staub und Wirkstoff in der Umwelt entfalten.

### **Neonicotinoide – im Fokus**

Wir haben in den vergangenen Jahren immer wieder versucht, auf die Problematik der Neonicotinoide hinzuweisen und detaillierte wissenschaftliche Untersuchungen eingefordert. Nicht zuletzt deshalb, weil französische Wissenschaftler subletale Wirkungen nachgewiesen haben und man davon ausgehen muss, dass nicht-tödliche Dosen Auswirkungen auf den Organismus der Biene und des Bienenvolkes haben. Neuere Erkenntnisse der Universität Gainesville/Florida zeigen einen Einfluss von Imidacloprid (einem seit langem kritisierten Neonicotinoid) auch auf die Entwicklung der Bienenlarven.

Das Schadenspotential der Neonicotinoide, der wohl giftigsten Insektizide bislang, ist auch deswegen so groß, weil diese Stoffe nahezu flächendeckend in allen Bereichen der Landwirtschaft und Tierhaltung Einzug gefunden haben.

Wir fordern alle Beteiligten auf, sich in für uns nachvollziehbarer Form mit den kritischen Studien auseinander zu setzen. Zulassungs-Dokumente der Agrochemie müssen offen gelegt werden und dürfen nicht mit Hinweis auf Betriebsgeheimnisse unter Verschluss gehalten werden. Hier ist politisches Handeln dringend erforderlich.

Alarmierend für Imker und Naturschützer gleichermaßen sind Berichte, wonach auf einer Tagung der „Internationale Kommission zur Thematik Beziehungen zwischen Pflanzen und Bienen“ (ICPBR = International Committee of Plant Bee Relationships, Bukarest, Oktober 2008) festgestellt worden sei, dass bis zu 30% durch Pestizide abgetötete Bienenbrut als akzeptabel gelten soll. Dies ist nicht nur inakzeptabel, sondern im höchsten Maße als verachtend zu bezeichnen. Allerdings passt diese Haltung zu Beobachtungen von Imkern, die trotz guter Auswinterung über unerklärlich schwächelnde Bienenvölker während des Frühjahrs klagen. Leider wird auch hier, trotz gegenteiliger Beobachtung kompetenter Imker, meist auf die Varroa als Ursache verwiesen.

Aus betriebswirtschaftlicher Sicht muss man feststellen, dass von einem Bienenvolk, bei dem die Brut zu 30% geschädigt ist, keine nennenswerte Honigernte mehr zu erwarten ist.

### **Ursachenforschung weiterhin reformbedürftig**

Aufklärung hatten sich die Imker auch vom Deutschen Bienenmonitoring erhofft, das im Wesentlichen von der Agroindustrie finanziert wird. Leider wurde hier, trotz erheblichem Druck von Seiten des DBIB, anfänglich nur sehr wenig Ursachenforschung in Richtung Pestizide betrieben. Wir sehen, dass es in diesem Punkt Fortschritte gibt und zunehmend die aus Sicht der Imker richtigen Fragen gestellt werden. Gerade der letzte Bericht zum Monitoring gibt Hoffnung. Die Pestizide in die Untersuchungen gleichwertig einzubeziehen ist umso wichtiger, da genau dieses Bienenmonitoring seit Jahren von Aufsichtsbehörden und Politik angeführt wird, um die angebliche Unbedenklichkeit von Pestiziden, z. B. Insektiziden und Saatgutbeizen, zu belegen. Nach einer Phase der Frustration über mangelnde Einbeziehung sieht sich der DBIB gefordert, sich hier wieder verstärkt einzubringen.

Die Firma Bayer CropScience legte dieses Bienenmonitoring sogar in Frankreich vor, um eine Zulassung für Clothianidin zu erlangen. Die dazu enthaltenen Daten des deutschen Bienenmonitorings wurden von den französischen Zulassungsbehörde AFSSA als ungeeignet für die Zulassung eingestuft. Was die Aussagekraft anbelangt, inwiefern sich die landwirtschaftliche Praxis durch den Einsatz von Schädlingsbekämpfungsmitteln auf die Überwinterungsverluste auswirkt, sind Vorbehalte bezüglich der Methodologie vorgebracht worden. An dieser Stelle muss geprüft und gegebenenfalls nachgebessert werden.

Im gesamten Bundesgebiet treten nach Einschätzung des DBIB wesentlich mehr Bienenvergiftungen auf, als dem JKI gemeldet werden. Wenn der Imker neben den toten Bienenproben kein weiteres Beweismittel (in der Regel kontaminierte Pflanzenproben) als Ursache für die Vergiftung mit ans JKI schickt, macht dieses üblicherweise keine Analyse, um den Wirkstoff, mit dem die Bienen geschädigt wurden, festzustellen. Diese Vorgehensweise ist falsch. Schwierige Behördenwege und geringe Chancen auf Aufklärung der Ursache halten viele Imker davon ab, Proben einzuschicken. Sie resignieren und nehmen solche Schäden einfach hin, obwohl der einzelne Schaden oft in die tausende Euro geht. Würde man die toten Bienen einer Analyse unterziehen, hätte man sehr schnell erfasst, welches Pestizid auffällig ist. Das JKI begründet die eingeschränkte Analytik mit fehlenden Mitteln und Analysekapazitäten. Hier ist die Politik gefordert, entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen.

### **Chemiestandort Deutschland**

Der Blick in andere Staaten zeigt, dass durchgreifende Verbote sehr wohl möglich sind. Clothianidin ist in Frankreich, Kanada sowie dem Bundesstaat New York komplett verboten. Die italienische Regierung hat

kürzlich ein sofortiges Anwendungsverbot für die Saatgutbehandlungsmittel Thiamethoxam, Clothianidin, Imidacloprid und Fipronil auf unbestimmte Zeit verhängt, und auch in Slowenien sind viele dieser Substanzen inzwischen verboten. In Frankreich zum Beispiel ist Clothianidin bereits seit 1999 (Sonnenblumen) bzw. 2003 (Mais) dauerhaft verboten worden.

Dass es hierdurch zu Ernteschäden kommt, ist Propaganda der Chemiekonzerne, da Schädlinge mit Hilfe von Fruchtfolgemethoden genauso gut bekämpft werden können (siehe Schweiz). Auch die EU-Kommission sieht in der Anwendung von Fruchtfolgemethoden eine wirksame Bekämpfung und empfiehlt diese u.a. seinen Mitgliedsstaaten.

Heute steht das Resultat aus dem dramatischen Bienensterben in Baden fest: „Die Biene ist tot, der Maiswurzelbohrer lebt“. Der Maiswurzelbohrer lebt, obwohl zusätzlich zur Gift-Beize anschließende Insektizid-Spritzungen durchgeführt wurden.

Das Fazit des DBIB: Der viel propagierte integrierte Pflanzenschutz und die gute fachliche Praxis sind in Deutschland als Ziel nicht mehr zu erkennen.

Aber auch hier zeichnen sich mittlerweile Tendenzen ab, dass bei den Behörden und Institutionen eine kritische Auseinandersetzung stattfindet und man die extreme Bienengefährlichkeit durch diverse Expositionswege erkennt.

### **Reinheit der Bienenprodukte bewahren**

Während die meisten Honigsorten so gut wie keine Rückstände aus landwirtschaftlichen Verschmutzungsquellen aufweisen, zeigt sich bei rapshaltigen Honigen ein anderes Bild. Hier sind es vor allem die hydrophilen Spritzmittel die immer wieder deutliche Rückstände verursachen. Diese liegen meist unterhalb der Rückstandshöchstmengeverordnung, stoßen beim Verbraucher aber auf Ablehnung, weil er beim Naturprodukt Honig strengere Maßstäbe anlegt. Wir akzeptieren die Notwendigkeit von PSM Anwendungen im Raps. Mit Besorgnis sehen wir aber die Zunahme von Spritzungen in die Blüte. Diese sind die allergrößte Rückstandsquelle. So wird bei dem Insektizid Biscaya sogar mit der Möglichkeit der Blütenspritzung geworben. Nicht, weil sie unabdingbar wäre, sondern weil sie dem Landwirt terminlich mehr Freiheiten gibt und dies den Absatz des Mittels befördert. Hier muss ein Umdenken stattfinden oder, falls nicht anders möglich, eine staatliche Regelung getroffen werden. Bienen fliegen in einem Umkreis von mehr als 3 km. Durch den flächendeckenden Rapsanbau ist eine Vermeidung dieser Kultur für Imker so gut wie unmöglich.

### **Varroa-Milbe beherrschbar**

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Die Varroa-Milbe ist für viele Winterverluste verantwortlich. Bei fachmännischer Behandlung ist sie aber gut beherrschbar.

Es müssen daher weitere Anstrengungen zur Schulung der Imker bei der Diagnose und Anwendung der vorhandenen wirksamen Mittel unternommen werden. Weitere Forschung für ökologische Behandlungsverfahren und deren Zulassung sind erforderlich. Die immer wieder von der Industrie aber auch von den Bieneninstituten geäußerte Einschätzung, dass das Bienensterben und auch während des Frühjahrs geschwächte Völker zum allergrößten Teil der Varroa-Milbe und viralen Sekundärinfektionen zuzuordnen seien, teilen die Berufsimker nicht. Jedenfalls solange nicht, bis auf dem Gebiet der Pestizide Klarheit geschaffen ist.

In diesem Zusammenhang sind wir der Meinung, dass die Nosema Ceranae keine gravierende Bedrohung für die Bienen darstellt. Es ist u. E. absolut unnötig, dafür mit Steuergeldern Medikamente zu entwickeln.

### **Agro-Gentechnik bedroht die Imkerei existenziell**

Auch die Agro-Gentechnik birgt weitere, bislang nicht abgeklärte Gefahren für die Bienen, aber ebenso auch für den Verkauf von Honig und anderen Bienenprodukten. Die Untersuchungen von Prof. Dr. Kaatz (damals Universität Jena) zeigten, dass Bienen, die an einem ubiquitären Microsporidium erkrankt waren, bei der Fütterung mit Gen-Maispollen eine signifikant schlechtere Physis aufwiesen als jene, die mit konventionellem Maispollen gefüttert wurden. Prof. Kaatz sieht Bedarf, der Sache weiter auf den Grund zu gehen. Leider stehen auch hier keine Forschungsgelder zur Verfügung. Für die Förderung von Agro-Gentechnik-Projekten sind dagegen erhebliche Mittel verfügbar.

Aber auch wirtschaftlich sehen Imker die Existenz ihrer Imkerei durch die Agro-Gentechnik bedroht, wenn in ihrem Umkreis gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut werden. Bienen sammeln Pollen aus solchen Feldern und tragen diesen Pollen in den Honig ein. Dies bringt die Imker von zwei Seiten in Bedrängnis. Zum einen, weil 80 % der Verbraucher gentechnisch veränderte Bestandteile in der Nahrung ablehnen, zum anderen, da solche Honige oder auch Blütenpollen die Verkehrsfähigkeit verlieren können und teuer entsorgt werden müssen. Dies ist dann der Fall, wenn Gentechnik-Konstrukte hinein gelangen, die aus Freisetzungsversuchen und Versuchsanbau stammen oder aber auch, wenn solche Gentechnik-Konstrukte von Pflanzen stammen, die keiner Lebensmittelsicherheitsprüfung nach geltendem EU-Recht unterzogen worden sind. In jedem Fall werden den Imkern Untersuchungskosten aufgezwungen, die die Existenz der Imkereien bedrohen.

Durch den zu erwartenden Anbau von Pharma-Crops, die zur Erzeugung von Arzneimittelwirkstoffen angebaut werden sollen, und ebenso von gentechnisch veränderten nachwachsenden Rohstoffen und Energiepflanzen ist eine weitere Verschärfung dieser Problematik zu erwarten.

Unseres Wissens besteht kein Kontrollmechanismus, um festzustellen, ob jeglicher Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen vollständig gemeldet wird. Darüber hinaus ist ein Verstoß gegen die Meldepflicht im Standortregister nicht strafbewehrt, was einer laxen Handhabung der Meldepflicht Vorschub leistet. Entgegen der bisherigen Regelung muss gelten, dass regionale Imker vor einer Aussaat vom Landwirt informiert werden. Es ist äußerst unbefriedigend, dass Imker auf gerichtlichem Wege die Klärung von Fragen erzwingen müssen, denen der Gesetzgeber aus dem Wege geht.

Noch dramatischer gestaltet sich die Situation bei den Blütenpollen, die ein begehrtes Nahrungsergänzungsprodukt sind. Diese sind bei weiter fortschreitender Agro-Gentechnik auf jeden Fall zu untersuchen und auch gesetzlich zu kennzeichnen. GVO-verunreinigte Pollen wären dann so gut wie unverkäuflich.

Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie der ausdrücklichen Aufforderung des Bundesrates folgt und Regelungen schafft, welche eine Koexistenz auch für die Imkerei gewährleisten. Ebenso muss eine Verunreinigung konventionellen Saatgutes ausgeschlossen werden. Bestrebungen von Seiten der Gen-Industrie, höhere Grenzwerte für Verunreinigung einzurichten, muss eine klare Absage erteilt werden.

### **Umweltverträgliche Landwirtschaft fördern**

Der Vorstand des DBIB unterstreicht seine frühere Feststellung, dass der ökologische Landbau weitaus bessere Lebensbedingungen für die Bienen darstellt, als die zunehmend industrialisierte konventionelle Landwirtschaft. Daher unterstützt er Maßnahmen, die zu einer weiteren Verbreitung des ökologischen Landbaus führen, sowie Maßnahmen, die Landwirte, welche umweltverträglicher arbeiten, für ihre Arbeitsweise entlohnen. Leider hat der Deutsche Bauernverband letzteres gerade in Brüssel wieder zum

großen Teil zu verhindern gewusst. Nachdem nicht zu erwarten ist, dass der ökologische Landbau in Kürze auf allen deutschen Feldern Einzug hält, ist es notwendig, dass die Bieneninstitute die aus imkerlicher Sicht bestehenden Defizite heutiger Landwirtschaftsformen benennen und durch Forschungen belegen. Neben der Einbeziehung der Pestizidproblematik ist dies auch die Sicherstellung einer ausreichend guten Pollen- und Nektarversorgung. Ziel ist es, Defizite zu beseitigen und, wenn nötig, eine breite gesellschaftliche Diskussion mit Politik und Landwirtschaftsverbänden zu führen. In der EU hat die Diskussion über umweltfreundlichere Bewirtschaftungsformen schon längst begonnen. Was die Bienenhaltung anbelangt, darf die Frage nicht mehr sein, wie lassen sich die Bienen in eine wie auch immer geartete Landwirtschaft hinein biegen, sondern wie muss eine für den Landwirt praktikable Landwirtschaft gestaltet und gefördert werden, um Bienen und damit auch anderen Insekten einen gesunden Lebensraum zu bieten. Die Biene ist einer der besten Umweltindikatoren. Aus unserer Sicht ist es 5 Minuten vor 12.

#### **Der DBIB fordert folgende Maßnahmen:**

- Als Sofortmaßnahme das Ruhen der Zulassung der Neonicotinoide, da bei ihnen der begründete Verdacht auf bienengefährliche Expositionswege besteht, die bisher nicht berücksichtigt wurden.
- Insbesondere der sofortige Entzug der Zulassung von Clothianidin, da die ursprünglichen Zulassungsvoraussetzungen („kein Kontakt mit Zielorganismen“) aufgrund der neuen Gegebenheiten und Darlegung der verschiedenen Expositionswege nie gegeben waren, bzw. nicht mehr vorhanden sind.
- Forschungsprogramme, welche die subletalen Auswirkungen der Neonicotinoide umfassend erforschen.
- Neue Zulassungsrichtlinien und Methoden zur Bewertung der Bienenungefährlichkeit von Pestiziden unter Berücksichtigung subletaler Schäden.
- Sofortige Klarstellung, dass es für Politik und Behörden im Sinne des Bienenschutzgesetzes nicht hinnehmbar ist, dass Pestizide eine Schädigung von Bienen und Brut verursachen dürfen.
- Einführung der Gesamtschuldnerischen Haftung auch für Bienenvergiftungen durch Ausbringung von Insektiziden.
- Tagung einer Arbeitsgruppe mit Beteiligung von DIB und DBIB und der AG der Bieneninstitute, dem JKI, BVL und DBV, um auf sachbezogener Ebene geeignete Schritte zu definieren, um Lösungswege zur Klärung der Probleme zu vereinbaren.
- Einen „Runden Tisch“ unter Beteiligung des DBIB und DIB für die Vergabe von Forschungsaufträgen und Forschungsmitteln an die Bieneninstitute, die über die Länder und den Bund aus Steuergeldern finanziert werden, sowie die Installierung eines Fachbeirates, der mit Personen aus der Wissenschaft, den Fachberatern und den Imkerorganisationen besetzt ist.

- Staatliche Finanzierung einer qualifizierten Ausweitung des Bienenmonitoring mit dem Fokus auf Pestizide.
- Verfügung, dass im Mindestflugradius von Bienen, also unter 3 km Entfernung von Bienenständen zumindest keine GVO-Freisetzung durchgeführt werden dürfen.
- Risikoforschung GVO zum Ausschluss von negativen Auswirkungen auf die Honigbienen und Wildbienen sowie die Bienenprodukte.
- Kontrollmechanismen, die die lückenlose Meldung von GVO-Anbau im Standortregister überprüfen und Verstöße mit geeigneten Strafmaßnahmen versehen.
- Gesetzliche Regelungen zum Ausgleich von Schäden der Imker durch die „Inverkehrbringer“ bei Verunreinigung der Bienenprodukte durch GVO.
- Mehr Geld in die Forschung zur Erhaltung der Bienen zu investieren. Der hohe gesellschaftliche Wert der Bienen rechtfertigt dies.
- Eine sofortige deutliche Aufstockung der Analysekapazitäten beim JKI (Julius Kühn Institut) und die ministerielle Weisung, alle eingesandten Bienenproben mit begründetem Verdacht auf Bienenvergiftungen zeitnah auf den verursachenden Wirkstoff hin zu untersuchen.
- Schaffung eines Imker-/Agrar-Forums, um umweltfreundlichen Landwirtschaftsformen unter Sicherung der Einkommen der Landwirtschaft den Weg zu ebnen.
- Programme zur Wiederherstellung einer arten- und blütenreichen Landschaft, die den Bienen und damit auch großen Teilen der Fauna wieder gute Lebensbedingungen bietet.
- Forschungsprogramme, welche die Belastungen der Bienengesundheit und der Wirtschaftlichkeit der Imkerei durch die bestehende Landwirtschaftsform untersuchen. Dabei sollen die Bieneninstitute in Kooperation mit landwirtschaftlichen Fakultäten die Defizite identifizieren und alternative Bewirtschaftungsformen entwickeln. Diese sollen dann zusammen mit den Imkerverbänden in den gesellschaftlichen Diskussionsprozess auf nationaler und EU-Ebene eingebracht werden.
- Der DBIB unterstützt mit aller Kraft die Bestrebungen der EU zur Reduktion der zugelassenen Pflanzenschutzmittel in Europa.

Utting, 19.12.2008